

NEUIGKEITEN AUS DER REGION HANNOVER

FÜR EINEN SOZIALEN UND ÖKOLOGISCHEN AUFBRUCH.

April 2025



Regina Hogrefe
Fraktionsvorsitzende

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die letzte Regionsversammlung hat wieder einmal die große Themenvielfalt aufgezeigt, mit der sich die SPD-Regionsfraktion beschäftigt. Sie reichte diesmal von der Austragung der Finals 2026, der Einrichtung einer Schulbau GmbH, der Unterstützung der Beratungs- und Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt (BISS) über die Förderung wichtiger Projekte bis hin zum Windenergieausbau im Rahmen des Regionalen Raumordnungsprogramms Region Hannover (RROP) sowie vielen weiteren Politikfeldern. Außerdem hat die Fraktion schon im ersten Quartal wieder eine Reihe von Besuchen und Gesprächen durchgeführt. Über diese sowie weitere Regionsthemen und unser neues Sprecherinnen-Interview, diesmal mit Cornelia Busch, berichtet dieser Newsletter.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen

**Und da der nächste Newsletter erst Ende Mai erscheint,
wünsche ich im Namen der SPD-Regionsfraktion schon heute
Frohe Ostertage.**



+++ Aus der Regionsversammlung +++ Aus der Regionsversammlung +++ Aus der Regionsversammlung +++

Region Hannover treibt Windenergie-Ausbau voran

Mit dem Beschluss der Regionsversammlung, des Sachlichen Teilprogramms Windenergie 2025 als Satzung, werden die Weichen für einen ambitionierten Ausbau der Windkraft in der Region gestellt. Insgesamt sollen 40 Vorranggebiete für Windenergie mit einer Gesamtfläche von 5.368 Hektar festgelegt werden – ein entscheidender Schritt für die Energiewende und den Klimaschutz.

„Mit diesem Beschluss schaffen wir Planungssicherheit für den Ausbau der Windenergie in der Region Hannover. Wir kommen unserer Verantwortung nach, die Klimaziele zu erreichen und den Weg zur Treibhausgasneutralität bis 2035 aktiv mitzugestalten“, betont Regina Hogrefe, Vorsitzende der SPD-Fraktion. Die Festlegung dieser Flächen sei ein entscheidender Beitrag zur

Erreichung der regionalen und nationalen Klimaziele.

Klare Rahmenbedingungen für nachhaltigen Ausbau

Die geplanten Vorranggebiete für Windenergie summieren sich auf 2,34 % der Regionsfläche. Karsten Vogel, Sprecher für Regionalplanung und Naherholung, hebt hervor: „Wir haben eine sorgfältige Abwägung zwischen Naturschutz, Siedlungsentwicklung und den Anforderungen an eine nachhaltige Energieversorgung vorgenommen. Das neue Raumordnungsprogramm schafft einen fairen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen.“

Umweltfreundliche Energieversorgung für die Zukunft

Der Ausbau der Windenergie ist ein zentraler Baustein für eine klimafreundliche Ener-

gieversorgung in der Region. Werner Backeberg, Sprecher für Umwelt und Klimaschutz, unterstreicht die Bedeutung des Vorhabens: „Mit diesem Programm leisten wir einen entscheidenden Beitrag zur Reduzierung von CO₂-Emissionen. Der Ausbau der Windkraft ist eine Chance für die Region Hannover, Vorreiter

für nachhaltige Energiepolitik zu werden.“

Die SPD-Fraktion setzt sich weiterhin für eine enge Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Kommunen ein, um eine zukunftsfähige Energieversorgung in der Region Hannover zu gestalten.

Die Energiewende braucht Platz – wir schaffen ihn.

- 2,34% der Regionsfläche für Windenergie reserviert
- Beitrag zur sicheren, unabhängigen Energieversorgung in der Region Hannover
- Klares Bekenntnis zum Klimaschutz – Ziel: Treibhausgasneutralität bis 2035

Wir gehen über das gesetzliche Minimum hinaus – weil Klimaschutz, Energiesicherheit und regionale Verantwortung kein Entweder-Oder sind, sondern zusammengehören!

Die Finals 2026 kommen nach Hannover

Das ist ein starkes Zeichen für Sport, Inklusion und gesellschaftlichen Zusammenhalt: „*Sport ist das, wo alle Menschen zusammenkommen – egal welche Religion, welches Geschlecht, welches Handicap oder welche Herkunft.*“ Mit diesen Worten macht unser sportpolitischer Sprecher Thilo Scholz deutlich, warum dieses Event mehr ist als nur ein Wochenende voller Wettkämpfe.

Wir bringen die Deutsche Meisterschaften in bis zu 19 Sportarten in unsere Region – und mit ihr:

- Para-Wettbewerbe
- Mitmachaktionen für Kinder & Jugendliche
- Public Events & Live-TV
- Impulse für die Gastronomie & den Tourismus

Trotz enger Kassen: Wir sagen Ja zu 2,75 Mio. Euro für ein Event, das Menschen zusammenbringt, Hannover bundesweit sichtbar macht und Vielfalt lebt.



REGIONSVERSAMMLUNG KURZ UND KNAPP

In der Regionsversammlung am 1. April 2025 wurden viele weitere Themen beraten und in verschiedenen Politikbereichen u.a. folgende Beschlüsse gefasst:

BILDUNG

- Schulbau Region Hannover GmbH: Zur Verstärkung der notwendigen Kapazitäten im Schulbau und zur Beschleunigung notwendiger Schulbaumaßnahmen wurde der Errichtung einer Einrichtung „Schulbau“ in der Rechtsform des privaten Rechts zugestimmt. Diese soll die Realisierung von Schulbauten übernehmen und/oder unterstützen, konzipieren, vorbereiten und der Regionsversammlung zur Beschlussfassung vorlegen.

GLEICHSTELLUNG

- Unterstützung des BISS-Verbands bei der Aufgabenerfüllung, u.a. durch Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur Sicherung eines bedarfsgerechten, niedrigschwelligen Schutz- und Beratungsangebots für gewaltbetroffene Frauen.

MOBILITÄT

- SPNV-Fahrplanmaßnahmen für 2026
- Neubau des ÜSTRA-Stadtbahnbetriebshofs Glocksee mit Start der Genehmigungsverfahren (Baubeginn: Mitte 2027)
- Einführung des Deutschlandtickets Hannover Jugend zum 01.09.2025
- Errichtung von Fahrradservicestationen
- Umgestaltung des ZOB Springe (Baubeginn: 2026)

- Gemeinsame Sanierung eines Teilabschnitts des geplanten Radschnellwegs Hannover-Lehrte durch die Region und die Landeshauptstadt Hannover

WIRTSCHAFT UND BESCHÄFTIGUNG

- Förderung des Projekts „Wohnen und Arbeiten (WundA)“ für junge langzeitarbeitslose Menschen in prekären Wohnsituationen vom 01.08.2025 bis 30.11.2027
- Fortführung des „Fonds für sozial-ökologische Innovation in der Region Hannover“ vom 01.04.2025 bis 30.06.2026
- Förderung für gemeinnützige Organisationen, Start-ups und Privatpersonen in Gründung, die den 17 Nachhaltigkeitszielen der UN dienen
- Förderung des Projekts „IT macht Schule - Next level“ vom 01.07.2025 bis 30.06.2027
- Förderung des Projekts „Aufbau Innovationsnetzwerk“ der Technologiepark Hannover GmbH vom 01.04.2025 bis 30.12.2027

Einige dieser Themen werden nachfolgend über Reden der Abgeordneten genauer dargestellt.

Interessierte finden die Drucksachen sowie weitere Sitzungstermine und Tagesordnungen zu den Regionsversammlungen und den Sitzungen der Fachausschüsse hier: <https://iris.hannit.de/public/>



Regionales Raumordnungsprogramm Region Hannover (RROP) – Sachliches Teilprogramm Windenergie 2025

Zum Beschluss des Sachlichen Teilprogramms Windenergie 2025 als Satzung, hier der Redebeitrag des Sprechers für Regionalplanung und Naherholung Karsten Vogel.

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, werter Herr Regionspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren!

Heute steht der Abschluss der 5. Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) – das Sachliche Teilprogramm Windenergie 2025 – zur Entscheidung an. Wir als SPD-Fraktion werden dieser Drucksache zustimmen, weil sie einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende und zur Sicherung einer zukunftsweisenden Energieversorgung in der Region Hannover leistet.

Die Energiewende ist eine zentrale Herausforderung unserer Zeit. Sich immer mehr beschleunigender Klimawandel, steigende Energiepreise und die Notwendigkeit, unabhängiger von Energieimporten zu werden, machen es unabdingbar, die erneuerbaren Energien massiv auszubauen. Mit dem vorliegenden Beschluss stellen wir sicher, dass die Region Hannover ihrer Verantwortung im Klimaschutz gerecht wird und gleichzeitig für eine verlässliche Energieversorgung sorgt.

Die Ausweisung von 2,34 % der Regionsfläche als Vorranggebiete für Windenergie ist dabei kein Selbstzweck, sondern eine zukunftsorientierte Investition in eine treibhausgasneutrale Energieversorgung. Bereits heute erleben wir die Auswirkungen des Klimawandels in unserer Region: Hochwasser, Dürren

und Starkregenereignisse lösen sich ab. Angesichts dieser Realität können wir uns keine Halbherzigkeiten leisten. Deshalb gehen wir bewusst über das gesetzliche Mindestziel von 0,63 % hinaus. Nur so schaffen wir die notwendige Versorgungssicherheit und stärken die regionale Unabhängigkeit auch von globalen Krisen.

Ich spreche an dieser Stelle aber auch die Sorgen und Ängste der Menschen an, die von einer Massierung von Windkraftanlagen in ihrer unmittelbaren Umgebung betroffen sind. Wir wissen, dass diese Projekte nicht nur technische und umweltpolitische Fragen aufwerfen, sondern auch emotionale und persönliche Belastungen mit sich bringen. Gerade in kleineren Ortschaften – wie Hiddestorf – oder im Bereich des Fuhrberger Feldes fühlen sich viele Bürgerinnen und Bürger durch die geplanten Anlagen stark belastet.

Solche Sorgen nehmen wir sehr ernst. Uns ist bewusst, dass Windkraftanlagen die Landschaft verändern und das gewohnte Lebensumfeld beeinflussen können. Deshalb wurden im Planungsverfahren alle Einwände und Bedenken sorgfältig geprüft und abgewogen. Trotzdem ist es unvermeidlich, dass an einigen Stellen eine hohe Konzentration von Windkraftanlagen entsteht. Das liegt auch daran, dass geeignete Standorte in der Region begrenzt sind, wir aber eine ausreichende Versorgung für zukünftige Generation sicherstellen müssen.

Letztlich geht es um die Frage, ob wir als Region die Verantwortung übernehmen, unseren Beitrag zur Energiewende zu leisten. Ohne einen signifikanten Ausbau

der Windenergie können wir unsere gesteckten Klimaziele nicht erreichen und die Stromversorgung der Zukunft nicht sichern. Das heißt nicht, dass wir die Sorgen der Anwohnenden ignorieren – im Gegenteil: Es wurden zahlreiche Anregungen aus den Bürgerbeteiligungen aufgenommen und wir sind auch weiterhin bereit, auf Hinweise und Verbesserungsvorschläge einzugehen.

Lassen Sie mich eines klarstellen: Das RROP ist keine übermäßige, sondern eine vorausschauende und zukunftsorientierte Planung, die die Energiebedarfe auch von morgen im Blick hat. Der Strombedarf der Region Hannover wird bis 2035 um etwa 26 % steigen – und deutschlandweit sogar um bis zu 80 % bis 2045. Das können wir nicht ignorieren. Nur mit einer deutlichen Stärkung der Windenergie schaffen wir es, die Treibhausgasneutralität bis 2035 zu erreichen.

CDU/FDP fordern in ihrem Änderungsantrag heute einen Stopp des gesamten RROP und damit eine erneute Verzögerung, der bereits seit 2020 laufenden Planungen. Das ist rückwärtsgerichtet und ignoriert die Erfordernisse der Energieversorgungssicherheit. Nach jahrelanger Diskussion den kompletten Prozess jetzt infrage zu stellen, würde die Entwicklung der Windenergie um Jahre zurückwerfen. Das ist keine verantwortungsvolle Politik, sondern eine schwere Hypothek für kommende Generationen. Es ist auch wirtschaftlich nicht zu akzeptieren, die in den erneuerbaren steckenden Ertragspotentiale zu torpedieren.

Nochmals: Die Region Hannover hat nicht willkürlich über das gesetzlich geforderte



Karsten Vogel | Sprecher für Regionalplanung und Naherholung

Maß hinausgeplant! Vielmehr gehen wir bewusst über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus, um Energie-sicherheit und Klimaschutz miteinander zu verbinden. Die Vorranggebiete machen 2,34 % der Regionsfläche aus, obwohl gesetzlich nur 0,63 % vorgeschrieben sind. Das sichert uns Spielraum und gibt der Energiewende die nötige Dynamik.

Zu den weiteren Änderungsanträgen:

Die Forderung nach Streichung von Vorranggebieten im Fuhrberger Feld und bei Hiddestorf hat verständliche Hintergründe. Die Abwägungen zwischen Naturschutz, lokalen Belastungen und der Energiewende ist wichtig, und es ist gelungen, mit Augenmaß vorzugehen. Anregungen wurden berücksichtigt und Bedenken abgewogen. Eine Herausnahme der Flächen würde jedoch die Energiewende in der Region unverhältnismäßig schwächen.

Lassen Sie uns heute den Weg für eine nachhaltige und sichere Energieversorgung in der Region Hannover freimachen. Das vorliegende RROP ist zukunftsweisend, klug und fair abgewogen. Stimmen Sie dem Beschlussvorschlag zu und lehnen Sie die Änderungsanträge wie wir ab.

Vielen Dank.

Zu Rundshorn (Nr 54), Wietzenbruch West (Nr 55) und Wietzenbruch Ost (56)

Hier der Redebeitrag des Regionsabgeordneten Walter Zychlinski zu einem Änderungsantrag der Einzelvertreterin Frau Görres, die drei Vorranggebiete Windenergienutzung: Rundshorn (Nr 54), Wietzenbruch West (Nr 55), Wietzenbruch Ost (56) vollständig aus dem Sachlichen Teilprogramm Windenergie zu streichen.

- Es gilt das gesprochene Wort -

Die Vorranggebiete im Fuhrberger Feld und im Forst Rundshorn sind landschaftsschonend ausgewählt

Von den drei genannten Vorranggebieten liegen nur zwei im Landschaftsschutzgebiet und zwar sind dies

Wietzenbruch West und Wietzenbruch Ost. Es handelt sich um Flächen, die intensiv landwirtschaftlich genutzt werden. Es ist also eine offene Landschaft, mit viel Platz für Windräder und einer guten Infrastruktur, da ein ausgebautes Wegenetz hier besteht. Man erreicht dieses Gebiet übrigens über mehrere Kreisstraßen die durch dieses Landschaftsschutzgebiet führen. Es han-

delt sich also um ein Landschaftsschutzgebiet das bereits durch Landwirtschaft und Verkehr vorbelastet ist. Trotzdem verbleibt hier auch nach dem Windkraftausbau sehr viel weiträumige und unberührte Natur für Erholungssuchende und das Hauptcharakteristikum wird in den allergrößten Teilen des Gebietes weiterhin die Naturbelassenheit sein.

Außerhalb des Landschaftsschutzgebiete liegt das Vorranggebiet Wind Rundshorn 54.

Hierbei handelt es sich überwiegend um einen ausgewiesenen Stangenwald, man kann dies auch freundlicher benennen und nachwachsende Rohstoffe sagen.

Dieses Waldgebiet, das Enercity gehört, schreitet geradezu nach Waldumbau, der auch von Enercity zum Teil bereits begonnen worden ist, durch Unterpflanzung mit Buchen. Dieser Waldumbau wird im Zuge der Errichtung von Windkraftanlagen weiter fortgeführt werden. Ausgleichsflächen für die durch die Windkraftträder verbrauchten Flächen sind in der Wedemark längst vorhanden. Am

Ende werden wir in der Wedemark mehr Wald und vor allem höherwertigeren Wald haben, als es jetzt der Fall ist.

Noch ein Wort zur angeblichen Gefährdung der Wassergewinnung.

Es werden Windkraftanlagen verbaut, die kein Getriebeöl mehr haben, sie haben ganz wenige Schmierstoffe, die gekapselt sind, damit keine Betriebsstoffe im Falle einer Havarie austreten können. Wenn also der unwahrscheinliche Fall einer Havarie mit Absturz der Gondel eintritt, dann landet die Gondel unten auf dem Boden. Und es ist nicht mit einer unkontrollierten Kontamination zu rechnen. Ein repowertes Windrad dieser Bauart steht übrigens im Windpark Elze/Meitze, der in der Schutzgebietzone III liegt, was bedeutet, dass ein Wassertropfen, der hier fällt, in 50 Tagen an den Pumpstation zur Trinkwassergewinnung angelangt. Dies bedeutet, dass für alles, was hier ins Erdreich gelangen sollte und was man vielleicht besser entfernt, genügend Zeit für die Schadensbeseitigung vorhanden ist. Die größere Gefahr einer Konta-



Walter Zychlinski | Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz

minierung geht nach meiner Einschätzung hier eher von den bei Autobahnstau viel befahrenen Kreisstraßen aus. Auch die Traktoren, die die Felder bewirtschaften, führen Öl und Dieselmotorkraftstoff mit sich. Warum lässt man alle diese Fahrzeuge hier durch die Schutzzone III fahren? Die Antwort ist einfach: Es ist ein kontrollierbares Risiko. Im Falle eines Unfalls würde sehr zeitnah die Feuerwehr da sein und den Schaden fachgerecht beheben.

Summarum: der Antrag geht von völlig falschen Voraussetzungen aus und zeichnet ein ziemlich schräges Bild der tatsächlichen Verhältnisse vor Ort.

Klare Ablehnung

Austragung der Finals 2026 in der Region Hannover

Zum Beschluss der Regionsversammlung, die Finals 2026 in die Region Hannover zu holen, hier der Redebeitrag des sport- und bildungspolitischen Sprechers Thilo Scholz.

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Regionspräsident, liebe Freundinnen und Freunde des Sports,

mein Name ist Thilo Scholz und ich spreche für die SPD-Regionsfraktion.

Heute sprechen wir über eine gute Nachricht: Die Finals 2026 kommen in die Region Hannover!

Bei der Multi-Sportveranstaltung werden die Meisterschaften in verschiedenen Sportarten ausgetragen.

Dazu zählen beispielsweise

- Geräteturnen,
- Trampolinspringen,

- Rudern,
- Kanufahren,
- Triathlon,
- Sportklettern,
- Surfen oder
- Bodensport.

Besonders positiv ist es, dass in einigen Sportarten auch Para-Wettbewerbe stattfinden.

Schrittweise und leider viel zu langsam wird Sport von Menschen mit Behinderung zur Normalität und das ist



Thilo Scholz | Sprecher für Schulen, Kultur und Sport

wichtig für die Vielfalt in unserer Gesellschaft!

Sport ist das, wo alle Menschen zusammenkommen – sei es als Sporttreibende, sei es als Zuschauende.

Im Sport sehen wir die Vielfalt Deutschlands, egal, welche Religion, welches Geschlecht, welches Handicap oder welche Herkunft eine Person hat. Sport hilft dabei, Spaltungen zu überwinden und ist deshalb so wichtig für unsere Gesellschaft.

Für den Sport in der Region Hannover bedeuten die Austragung der Finals eine große Anerkennung.

Nach dem Mitglieder-Rückgang in der Corona-Zeit weisen die Sportvereine heute wieder wachsende Mitgliedszahlen auf. Die Vereine im Stadtsportbund Hannover und im Regionssportbund

haben mittlerweile mehr Mitglieder als vor der Corona-Zeit.

Das zeigt, wie verbindend der Sport ist und den Wunsch vieler Menschen aufgreift, wieder gemeinsam mit vielen anderen aktiv zu sein.

Um so wichtiger ist es, dass der Stadtsportbund Hannover und der Regionssportbund die Finals unterstützen.

Die Region Hannover, die Landeshauptstadt Hannover und die Umlandkommunen werden für ein Wochenende in der öffentlichen Wahrnehmung Deutschlands stehen. ARD und ZDF werden die Finals übertragen und es ist mit dem Besuch von rund 125.000 Personen zu rechnen.

Rund 50% dieser Gäste dürften nach Schätzungen von außerhalb kommen. Der Konsum der Gäste wird die Wirtschaft spürbar beleben.

Somit ist dieses Sport-Event nicht nur für die Wahrnehmung der Region Hannover in der bundesdeutschen Öffentlichkeit, sondern auch ökonomisch sinnvoll.

Das zu unterstreichen ist auch deshalb wichtig, weil sich die Region Hannover mit 2,75 Mio. Euro an den Kosten beteiligen will. 2,75 Mio. Euro sind keine Kleinigkeit, insbesondere dann, wenn kommunale Haushalte unter Sparzwängen stehen.

In der SPD-Fraktion haben wir deshalb darüber diskutiert und das Für und Wider abgewogen. Letztlich sind wir

zum Schluss gekommen, die Finals unterstützen zu wollen:

- Weil wir den Sport mit seiner positiven Rolle in unserer vielfältigen Gesellschaft wertschätzen,
- weil wir der Region Hannover bundesweit Aufmerksamkeit verschaffen können und
- weil ein Impuls für die Wirtschaft und gerade für das Hotel- und Gaststättengewerbe willkommen ist.

Deshalb hoffe ich, dass die Beschlussdrucksache heute Unterstützung bei allen demokratischen Fraktionen findet.

Herzlichen Dank!

Errichtung der Einrichtung „Schulbau“ - Schulbau Region Hannover GmbH

Zum Beschluss der Einrichtung einer Schulbau Region Hannover GmbH, hier ein weiterer Redebeitrag des sport- und bildungspolitischen Sprechers Thilo Scholz.

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Regionspräsident, ein herzliches HALLO an alle,

mein Name ist Thilo Scholz und ich spreche für die SPD-Regionsfraktion zum Thema „Schulbau Region Hannover GmbH“.

In den vergangenen Monaten haben wir eine Reihe von Beschlüssen zur Schulbaugesellschaft getroffen und um eine zügige Umsetzung gebeten.

Heute billigen wir voraussichtlich notwendige Umset-

zungsschritte für die Verwaltung.

Es ist sehr gut, dass dies so schnell von statten geht und es steht zu hoffen, dass es weiterhin bei diesem schnellen Tempo bleibt.

Für uns als SPD-Regionsfraktion ist die Gründung der Schulbaugesellschaft einer der wichtigsten Beschlüsse in dieser Legislaturperiode, das habe ich bereits in der Vergangenheit betont. Es geht um eine wesentliche Maßnahme zur Beschleunigung des Schulbaus.

Die Region Hannover muss ihre Berufs- und Förderschulen wesentlich schneller sanieren und neu bauen.

Es gilt, mit vielen Herausforderungen umzugehen:

- Mit steigenden Zahlen an Schüler*innen,
- mit der Inklusion von

Schüler*innen mit Förderbedarf,

- mit dem Recht auf Ganztagsbetreuung,
- mit Zuwanderung oder
- mit neuen Bildungsgängen.

Insgesamt gilt es, Baumaßnahmen in Höhe von rund 885 Mio. Euro umzusetzen.

Gerade weil

- das Land den Kommunen im Rahmen des Pakts für Kommunalinvestitionen 640 Mio. Euro zur Verfügung stellt und
- der Bund die Schuldenbremse gelockert hat,

steht zu erwarten, dass wir den Sanierungsstau wesentlich abbauen können. Dazu sind dringend die entsprechenden Kapazitäten zu schaffen.

Die Schulbaugesellschaft ist dazu ein zentraler Baustein, wenn auch sicherlich nicht

der einzige. Beispielsweise müssen auch innerhalb der Regionsverwaltung alle gemeinsam an einem Strang ziehen.

Aber blicken wir wieder auf die Schulbaugesellschaft: Wir hoffen, dass sie ihren Vorschlusslorbeeren gerecht wird.

Über eines müssen wir uns aber im Klaren sein: Wunder dürfen wir nicht erwarten. Ein Investitionsvolumen von 885 Mio. Euro wird nicht in wenigen Monaten abgearbeitet werden können.

Dennoch: Einen weiteren Schritt gehen wir heute und ich hoffe auf eine breite Zustimmung.

Herzlichen Dank!

Stärkung und Optimierung der BISS-Arbeit in der Region Hannover

Zur Umsetzung des rot-grünen Haushaltsantrages zur Stärkung der BISS (Beratungs- und Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt)-Arbeit, hier der Redebeitrag der gleichstellungspolitischen Sprecherin, Cornelia Busch.

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

Mit dieser Beschlussdrucksache stellen wir weitere finanzielle Mittel für die Be-

ratungs- und Interventionsstellen – kurz BISS – bereit. Alle Frauen in der Region Hannover, die von Häuslicher Gewalt betroffen sind und bei denen es einen Polizeieinsatz gab erhalten eine pro aktive Ansprache. So wird sichergestellt, dass Betroffenen ein Beratungsangebot zugänglich gemacht wird, um mit der erlebten Gewalt umzugehen und Wege aus der Gewaltspirale zu finden.

Die historisch gewachsenen Strukturen der Beratungs- und Interventionsstellen sind nicht mehr zeitgemäß und bedarf dringend einer Überarbeitung.

Leider müssen wir feststellen, dass die Zahl der betroffenen Frauen immer weiter ansteigt und die Formen von Gewalt zunehmend extremer werden.

Wir als SPD Regionsfraktion sehen es als wichtige Aufgabe, die Schwächsten der Gesellschaft zu unterstützen und ihnen größtmögliche Hilfe anzubieten. Daher appellieren wir an die Opposition, vor allem an die Gruppe CDU/FDP, die eigene Abwehrhaltung im Bereich der Gleichstellungspolitik in der Region Hannover zu überdenken.



Cornelia Busch | Gleichstellungspolitische Sprecherin

Wir danken dem Team Gleichstellung, für die Neuausrichtung der Beratungs- und Interventionsstellen.

Vielen Dank!

Förderung des Projektes „Wohnen und Arbeiten (WundA)“

Zur Förderung des Projektes „Wohnen und Arbeiten (WundA)“ hier ein weiterer Redebeitrag von Cornelia Busch.

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

mit dieser Beschlussdrucksache beschließen wir eine

weitere Förderperiode des Projekts „Wohnen und Arbeiten“ kurz WundA.

Dieses Projekt bietet - jungen langzeitarbeitslosen Frauen und Männer im Alter von 18 bis 25 Jahren, die wohnungslos sind oder in prekären Wohnsituationen leben - nicht nur ein sicheres Zuhause, sondern auch eine berufliche Orientierung, um ihre Selbstständigkeit und Lebensqualität zu fördern.

Durch die Stärkung ihrer sozialen und beruflichen Fähigkeiten erhalten sie die Möglichkeiten ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Die Lebens- und Problemlage der jungen Menschen sind sehr komplex. Neben der Herstellung einer Tagesstruktur in Form der Aktivierungshilfe ist daher die intensive pädagogische und psychologische Begleitung und Beratung der jungen Menschen

ein relevanter Baustein der Arbeit der Fachkräfte.

Ab dieser Förderperiode ist der Einstieg nochmal niedriger-schwelliger gestaltet worden. Junge Menschen können wählen, ob sie mit 16 Stunden oder 32 Stunden einsteigen wollen.

Wir unterstützen das Projekt gerne. Vielen Dank!

Förderung des Projektes „IT macht Schule – Next Level“

Zur Förderung des Projektes „IT macht Schule – Next Level“ hier der Redebeitrag des wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Sprechers, Dr. Robert Schmitz.

- Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Vorsitzende, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

die aktuelle wirtschaftliche

Entwicklung ist auch in der Region Hannover mit Risiken verbunden. Gleichzeitig besteht weiterhin ein deutlicher Fachkräftemangel, was IT-basierte Berufe angeht.

Jugendliche nutzen heute ausgiebig ihre Smartphones für Medien und Spiele. Das bedeutet oft noch keine Digitalkompetenz, die sich auch beruflich nutzen ließe. Es ist aber sinnvoll, die jungen Menschen bei der Verwen-

dung elektronischer Geräte abzuholen. Digitale Lern- und Ausbildungsplattformen bieten dazu ein großes Potenzial, speziell unter Einsatz von Interaktivität und Künstlicher Intelligenz.

Das Projekt „IT macht Schule“ setzt hier seit dem Jahr 2016 an und erzielt messbare Erfolge. Es zielt darauf ab, Schülerinnen und Schüler in der Region Hannover für IT-Berufe zu interessieren



Dr. Robert Schmitz | Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Sprecher

und sie frühzeitig bei ihrer Berufsorientierung zu unterstützen. Es gibt dabei mittlerweile eine Zusammenarbeit mit 89 Unternehmen und 52 Schulen.

In der vorliegenden Beschlussdrucksache geht es um einen neuen Projektdurchlauf, dessen Ziel die Unterstützung von Unternehmen im ersten Ausbildungsjahr ist. Die Heranführung

und die Ausbildungsqualität sollen mit dem Projekt verbessert werden.

Dazu sind Mittel von 60.000€ im Jahr 2025 sowie insgesamt ca. 90.000€ in den bei-

den Folgejahren vorgesehen.

Wir bitten um Zustimmung für die betreffende Beschlussdrucksache!

Vielen Dank!

Neubau des Stadtbahnbetriebshofs Glocksee

Zum Neubau des Stadtbahnbetriebshofs Glocksee hier der Redebeitrag des verkehrspolitischen Sprechers, Frank Straßburger.

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren,

heute entscheiden wir über ein Projekt, das für die Zukunft des öffentlichen Nahverkehrs in unserer Region Hannover von fundamentaler Bedeutung ist. Der Neubau des Stadtbahnbetriebshofs Glocksee ist kein Luxus, sondern eine dringende Notwendigkeit.

Lassen Sie mich deutlich sagen: Als SPD-Fraktion stehen wir voll und ganz hinter diesem Vorhaben. Mit dieser Investition sichern wir nicht nur die Mobilität von morgen, sondern leisten auch einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz in unserer Region.

Der bestehende Betriebshof

Glocksee stammt größtenteils aus den 1950er und 1960er Jahren. Die Werkstatt, die Fahrzeuggarage und die Gebäudeinfrastruktur für den Fahrdienst entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen. Unsere modernen Stadtbahnen benötigen eine moderne Infrastruktur!

Nach einer gründlichen Prüfung verschiedener Optionen ist klar: Der Neubau am bestehenden Standort ist die wirtschaftlich sinnvollste Lösung. Alternative Standorte hätten zu mehr als 50% höheren Betriebskosten geführt.

Dennoch hat das Projekt mit insgesamt fast 160 Millionen Euro (158,79 Millionen Euro) ein erhebliches Volumen. Aber wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Nach intensiver Prüfung verschiedener Varianten haben wir uns für eine optimierte Version entschieden, die ohne die ursprünglich geplanten Leitstellen auskommt. Dadurch konnten wir die Kosten deutlich reduzieren und den ursprünglichen Kostenrahmen

des Grundsatzbeschlusses von 2021 einhalten.

Wir stehen für eine Politik, die Klimaschutz mit wirtschaftlicher Vernunft verbindet. Der Neubau des Betriebshofs Glocksee ist ein Paradebeispiel dafür:

Einerseits schaffen wir die Voraussetzungen für einen leistungsfähigen ÖPNV, der täglich tausende Menschen befördert und damit eine klimafreundliche Alternative zum Auto bietet. Die Beförderung mit Stadtbahnen, die mit grünem Strom betrieben werden, ist ein Kernbaustein für saubere und nachhaltige Mobilität in unserer Region.

Andererseits verbessern wir die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten erheblich. Die veraltete Infrastruktur und ineffizienten Arbeitsabläufe gehören bald der Vergangenheit an.

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass jede größere Investition auch kritisch hinterfragt werden muss. Wir setzen auf eine solide Planung mit realistischer Ko-



Frank Straßburger | Verkehrspolitischer Sprecher

stenkalkulation und angemessenem Risikobudget.

Unsere Region braucht zukunftsfähige Infrastruktur. Dieses Projekt ist ein wichtiger Baustein dafür.

Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie diesem zukunftsweisenden Projekt zu. Lassen Sie uns gemeinsam den Grundstein legen für einen modernen, leistungsfähigen und klimafreundlichen ÖPNV in der Region Hannover.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

AG vor Ort - Besuch beim Mutter-Kind-Zentrum HENRIKE der DIAKOVERE

Am 2. April 2025 hatten wir mit der AG Gesundheit die Gelegenheit, die neue HENRIKE der DIAKOVERE – Norddeutschlands modernste Geburtsklinik – noch vor der offiziellen Inbetriebnahme zu besuchen.

Mit dem neuen Mutter-Kind-Zentrum entsteht eine hochmoderne Einrichtung am Standort auf der Bult, die jährlich bis zu 4500 Geburten begleiten kann. Besonders beeindruckend: Neun Kreißsäle, 35 Patientenzimmer für bis zu 67 Patientinnen mit mehr Platz, mehr Kom-

fort und modernster medizinischer Versorgung. Parallel zum Neubau laufen Umbauarbeiten in den Bereichen OP, Intensivstation und Neugeborenenmedizin. Zukünftig gibt es nun kurze Wege zur Neugeborenenmedizin, für eine bestmögliche Versorgung der Kleinen.

Mit diesem Neubau wird sichergestellt, dass Mütter und Neugeborene in Hannover bestmögliche Betreuung erhalten – medizinisch auf höchstem Niveau und gleichzeitig familienfreundlich.

Die SPD-Regionsfraktion unterstützt diese Entwicklung! Denn eine starke Gesund-

heitsversorgung beginnt schon bei den Kleinsten.



v.l.: Hendrik Heuer (Projektleiter), Eckart Galas, Anja Sander, Parwis Fotuhi (Vorstandschef), Frank Straßburger, Petra Rudsuck, Stefan David (Geschäftsführer), Cornelia Busch, Angelo Alter.

AG vor Ort - Besuch bei der Geschäftsstelle der S-Bahn/Transdev Hannover

Am 25. März 2025 war die AG Verkehr zu Gast in der Geschäftsstelle der S-Bahn Hannover/Transdev Hannover. Nach einer Vorstellung des Unternehmens durch die Geschäftsführung, haben unsere Abgeordneten viele Fragen zu den aktuellen Herausforderungen im S-Bahn-Verkehr der Region gestellt.

Klar ist: Die Verantwortung für

die Herausforderungen verteilt sich auf mehrere Schultern. Nur durch gute Zusammenarbeit von DB Infra GO, Aufgabenträger:innen und Verkehrsunternehmen ist ein gut funktionierender SPNV möglich.

Spannend war auch der anschließende Einblick in die Leitstelle, die rund um die Uhr besetzt ist.



AGen vor Ort - Besuch bei der Fachberatungsstelle Violetta

Manchmal gibt es Besuchstermine, die thematisch relevant und interessant sind für mehrere AGen. So auch am 25. März 2025. Die AGen Jugendhilfe, Gleichstellung/Integration/Diversität und Antidiskriminierung sowie die AG Gesundheit, besuchten gemeinsam die Beratungsstelle „Violetta“ in Vahrenwald-List.

Violetta ist eine Fachberatungsstelle für sexuell missbrauchte Mädchen und junge Frauen. Im gemeinsame Gespräch mit einigen Mitgliedern des Violetta-Teams haben Cornelia Busch, Anja Sander,

Matthias Paul, Johannes Seifert und Diana Jäger (Sach-

kundige der AG JHA) sich über Fallzahlen in der Region Hannover unterhalten. Außerdem wurde die Relevanz von Öffentlichkeitsarbeit und

Präventionsangeboten, z.B. für Schulen, besprochen. Zum Abschluss haben wir uns gemeinsam die Räumlichkeiten angesehen.

Dieser Besuchstermin war aus verschiedenen Gründen für die unterschiedlichen AGen interessant: Sexuell missbrauchte Mädchen und junge Frauen betreffen eindeutig den Bereich Jugendhilfe, u.a. weil auch die Jugendämter involviert sein können. Es betrifft auch den Bereich Gleichstellung, denn



der Schutz von Mädchen und Frauen, insbesondere der Gewaltschutz, ist eines der großen Kernthemen in diesem Bereich. Die gesundheitlichen physischen und psychischen Folgen von Missbrauch betreffen den Bereich Gesundheit, der sich

dann u.a. damit beschäftigen muss, ob es ausreichend Fachpersonal gibt, ob Krankenhäuser ausreichend gut im Gewaltschutz und in der Kooperation mit Fachberatungsstellen aufgestellt sind.

AG vor Ort - Besuche bei Kinderladen-Initiative, BBS 2 und RegionsSportBund

Es war gerade einmal Dienstag und die AG Schulen, Kultur und Sport (SKS) hatte schon drei Besuche hinter sich.

Am 17. März 2025, besuchten Thilo Scholz (Sprecher SKS) und Johannes Seifert (Mitglied SKS und Sprecher Jugendhilfe) die Kinderladen-Initiative. Diese stellt einen unabhängigen Dachverband für Krabbel-, Kinder- und Schüler:innenläden in Hannover, in der Region Hannover und niedersachsenweit mit rund 250 Mitgliedsvereinen dar. Schwerpunkt war die Ge-

winnung und das Halten von Fachpersonal im Zeitalter von Fachkräftemangel.

Am nächsten Tag besuchten dann mehrere Mitglieder der AG SKS die BBS 2/Außenstelle Goetheplatz. Die kommissarische Schulleiterin, Frau Ziegler, zeigte gemeinsam mit einer Kollegin eine Präsentation und erläuterte dabei ausführlich die aktuelle Situation an der BBS. Es gibt viele Problemlagen (Raumangel usw.), aber ganz deutlich wurde auch: die Interessen der Schüler*innen stehen an oberster Stelle.

Direkt im Anschluss ging es dann für die AG SKS zum RSB (RegionsSportBund). Mit diesem gibt es ein jährliches Austauschgespräch. Es freute uns sehr, zu hö-

ren, dass die Sportvereine steigende Mitgliederzahlen aufweisen können und das Sportangebot in der Region sehr vielfältig und erfolgreich ist.



v.l.: Thilo Scholz, Nina Böhme, Petra Schaa und Johannes Seifert



v.l.: Walter Zychlinski, Thilo Scholz, Matthias Paul, Frau Ziegler mit Kollegin, Johannes Seifert



v.l.: Johannes Seifert, Team RSB, Thilo Scholz

Fraktion vor Ort - Besuch der Gedenkstätte Ahlem

Am 12. März 2025 besuchte die SPD-Regionsfraktion Hannover die Gedenkstätte Ahlem und wurde von der Leiterin, Frau Burmeister empfangen. Nach einer Begrüßung und einer Einführung zu Geschichte und Rahmenbedingungen der Gedenkstätte und der Gedenkstättenarbeit, folgte ein Rundgang durch die Ausstellungsräume, in denen einzelne Aspekte vertieft wurden. Den Abschluss bildete dann eine Diskussionsrunde, in der u.a. die Angriffe auf die Gedenkstätte, die Rolle der Gedenkstätte als Bildungseinrichtung – insbesondere für Kinder und Jugendliche – sowie die Rolle hannoverscher Betriebe im Zusam-

menhang mit Zwangsarbeit, angesprochen wurden.

Hintergrund des Besuches war u.a. der feige Akt des Vandalismus in der Nacht vom 28. auf den 29. Januar 2025. Unbekannte zerstörten die zum Holocaust-Gedenktag niedergelegten Kränze, warfen sie in die Gartenanlage oder entwendeten sie. Diese Tat stellt einen Angriff auf das Gedenken an die Opfer des Holocaust dar und verhöhnt ihr Andenken auf schändliche Weise. Dank der Videoüberwachung konnte ein 25-jähriger Tatverdächtiger, der bereits durch politisch motivierte Straftaten aufgefallen ist, identifiziert werden. Bei der Durchsu-



chung seiner Wohnung fand die Polizei unter anderem eine mutmaßlich funktionsfähige Maschinenpistole samt Munition. Dieser Vorfall unterstreicht die Gefährlichkeit rechtsextremer Strukturen in unserer Gesellschaft. Die SPD-Regionsfraktion verurteilt diesen feigen Anschlag aufs Schärfste. Wir dürfen

nicht zulassen, dass solche Taten unsere Erinnerungskultur und unsere demokratischen Werte untergraben. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, entschieden gegen Antisemitismus, Rassismus und jede Form von Menschenfeindlichkeit einzutreten.

Delegationsreise nach Polen

Vom 3. bis 6. März 2025 besuchte eine Delegation der Region Hannover Polen. Ziel war es, die bestehende Kooperation der Berufsbildenden Schule 2 der Region Hannover mit der Witold Pilecki Hochschule Oświęcim (Auschwitz) auszubauen, um beispielsweise mehr Berufsschüler*innen und Studierenden einen Austausch zu ermöglichen.

Außerdem wurde die Delegation vom Stadtpräsidenten der Stadt Oświęcim Janusz Chwierut empfangen und anschließend die Gedenkstätte Auschwitz besucht.

In Krakau besuchte die Delegation u.a. das jüdische Viertel und das ehemalige Ghetto der Stadt. Die Initiative zur Delegationsreise war von Lehrkräften der Berufsschulen 2, Alice Salomon und Neustadt ausgegangen.



Konstituierende Sitzung des Runden Tisches Wohnungsnotfallhilfe

Der 27. März 2025 war ein wichtiger Tag für den sozialen Zusammenhalt in unserer Region: Der Runde Tisch Wohnungsnotfallhilfe der Region Hannover hat offiziell seine Arbeit aufgenommen.

Durch einen rot-grünen Haushaltsantrag wurde dieser Runde Tisch ins Leben gerufen – jetzt arbeiten Fraktionen, soziale Träger und Fachleute gemeinsam daran, die Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII weiterzuentwickeln. Ziel ist es, wohnungslosen Menschen bessere Unterstützung zu bieten und nachhaltige Lösungen zu finden.



Angelo Alter | Sprecher für Soziales, Wohnungswesen, Gesundheit und Teilhabe

Die SPD-Regionsfraktion bleibt an diesem wichtigen Thema dran und setzt sich weiter für eine starke soziale Infrastruktur ein.

Großprojekt Moorschutz: Gemeinsam für Klimaschutz und Artenvielfalt

Gute Nachrichten für die Region Hannover: Die EU unterstützt ein Natur- und Klimaschutzprojekt mit zehn Millionen Euro! Zusammen mit Mitteln des Landes Niedersachsen und der Region Hannover stehen damit insgesamt 34 Millionen Euro zur Verfügung, um drei bedeutende Moore in unserer Region wiederherzustellen: das Altwarmbüchener Moor, das Rehburger Moor und das Trunnenmoor.

Moore sind wahre Klimaschützer, sie speichern enorme Mengen CO₂, fördern die Artenvielfalt und verbessern den Wasserhaushalt. Mit diesem Projekt setzen wir ein starkes Zeichen für den

Klimaschutz und die Zukunft unserer Region.

Die Maßnahmen umfassen die Anhebung der Wasserstände, um das Wachstum der Moore wieder anzukurbeln und die CO₂-Bindung langfristig zu sichern. Dabei bleibt die landwirtschaftliche Nutzung im Umfeld der Moore weiterhin möglich – ein nachhaltiges Konzept für Mensch und Natur.

Die enge Zusammenarbeit zwischen Land, Region und allen Beteiligten ist der Schlüssel zum Erfolg. Wir setzen auf Transparenz und Beteiligung, so werden lokale Interessen berücksichtigt.

Interview mit der Regionsabgeordneten Cornelia Busch Sprecherin der SPD-Regionsfraktion für Gleichstellung, Integration, Diversität und Antidiskriminierung - Schwerpunkt Gleichstellung

In welchem Wahlbereich bist du tätig, und wie lange bist du schon Mitglied der Regionsversammlung?

Mein Wahlbereich ist 02 / Hannover-Nord (List, Vahrenwald, Vahrenheide und Sahlkamp).

Mitglied in der Regionsversammlung bin ich seit 2011.

In welchen Ausschüssen vertrittst du die Fraktion, und welche Rolle spielst du dort?

Ich vertrete die Fraktion im Ausschuss Gleichstellung, Integration, Diversität und Antidiskriminierung. Hier habe ich das Amt der Sprecherin für den Bereich Gleichstellung übernommen. Des Weiteren bin ich Mitglied im Ausschuss Wirtschaft und Beschäftigung.

Du bist Sprecherin der SPD-Regionsfraktion für Gleichstellung – ein großes Themenfeld. Allerdings ist Gleichstellung für viele Menschen immer noch gleichgesetzt mit Begriffen wie „Frauengleichberechtigung, Frauenquote“ – aber was genau steckt wirklich in diesem Begriff?

(Frauen-) Gleichberechtigung bedeutet, dass Frauen die gleichen Rechte und Chancen wie Männer haben. Gleichberechtigung ist im Grundgesetz in Artikel 3 Absatz 2 garantiert. Es geht u.a. um Gleichheit in Bildung, Beruf und Gesellschaft. Die Frauenquote ist eine Maßnahme, um den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. Sie soll Diskriminierung abbauen und Chancengleichheit fördern. Gleichstellung greift weiter: dabei geht es um die Angleichung der rechtlichen oder sozialen Verhältnisse vergleichbarer Personen oder Gruppen. Gleichstellung heißt für uns als Politik, dass wir durch politische Maßnahmen (und staatliche Vorgaben) versuchen die Benachteiligungen von sozialen Gruppen zu beseitigen. Es geht also um soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit, obwohl die Rahmenbedingungen und Ausgangspositionen bei allen Menschen individuell sind.

Bei uns in der Region Hannover kann man das im Bereich Gleichstellung auch gut daran erkennen, dass wir uns auch um Männer kümmern, die Opfer von Gewalt werden oder lernen möchten, mit ihren Emotionen umzugehen, um nicht mehr gewalttätig zu sein.

Du bist unsere Interviewpartnerin für den Monat März – der auch der „Frauenmonat“ genannt wird. Worum geht es dabei?

Der Monat März wird oft als „Frauenmonat“ bezeichnet, da er verschiedene Gedenk- und Mahntage hat, die auf Missstände in der Gleichberechtigung von Frauen hinweisen. Los geht es mit dem Equal Pay Day, meistens Anfang März, dem internationalen Aktionstag für Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern. Er verweist auf den bestehenden Gender-Pay-Gap – das bedeutet, dass Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit schlechter bezahlt werden als Männer. Dann gibt es noch den Internationalen Frauentag am 8. März, der auf die Errungenschaften von Frauen in verschiedenen Bereichen aufmerksam macht und gleichzeitig auf bestehende Ungleichheiten hinweist. Es geht im Monat März vor allem durch Veranstaltungen, Diskussionen und Kampagnen darum, das Bewusstsein für die Bedeutung der Frauengleichberechtigung zu schärfen und Veränderungen zu bewirken. Es wird auf Frauenrechte aufmerksam gemacht und die Herausforderungen mit denen Frauen weltweit konfrontiert sind werden thematisiert.

Was beschäftigt dich inhaltlich und persönlich am meisten und welche Prioritäten setzt du in deiner Arbeit? Gibt es ein Projekt, dass du in den kommenden Jahren voranbringen möchtest?

Ich setze mich für eine angemessene finanzielle Unterstützung für Frauenberatungsstellen ein. Ebenso setze ich mich dafür ein, Projekte und Ferienfreizeiten für Alleinerziehende zu fördern und ihre Lebenssituation zu verbessern.

Des Weiteren engagiere ich mich für die Beratungs- und Interventionsstellen – kurz BISS – genannt. Sie unterstützen Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind. Frauen finden hier die so wichtige kurzfristige Hilfe zu Umsetzung der Rechte aus dem Gewaltschutzgesetz – zum Beispiel, den Gewalttäter aus der Wohnung verweisen zu lassen. Die BISS- Stellen bieten ein spezielles Angebot für misshandelte Frauen und ihre Kinder, arbeiten eng mit der Polizei zusammen und können Frauen vor allem im Hinblick auf zivilrechtliche Schutzanordnungen beraten.

Die Region Hannover ist bundesweit relativ gut aufgestellt bei den Frauenberatungsstellen vor Ort – woran liegt das und ist das tatsächlich ausreichend?

2019 haben wir ein einmaliges Frauenstellenberatungskonzept in der Region Hannover vorgebracht. D. h. in jeder Kommune in der RH gibt es eine Frauenberatungsstelle. Frauen, die von Gewalt betroffen sind, bekommen hier schnelle und unkomplizierte Unterstützung. Trotzdem müssen wir beständig darauf achten, dass die Frauenberatungsstellen auskömmlich bezahlt werden, Planungssicherheit haben. Weiterhin müssen wir dafür Sorge tragen, dass es einheitliche Qualitätsstandards in der Beratung gibt. Leider steigen seit Jahren die Opferzahlen, besonders seit der Corona-Pandemie. Daher ist der Ausbau von Frauenhäusern und Beratungsstellen eine dauerhafte Aufgabe.

Nun noch ein paar „privatere“ Fragen:

Was schätzt du an der Region Hannover besonders?

An der Region Hannover schätze ich besonders die abwechslungsreiche Landschaft, die von malerischen Wäldern, Wiesen und Seen geprägt ist. Die Nähe zur Natur bietet zahlreiche Möglichkeiten für Outdoor-Aktivitäten wie Wandern, Radfahren und Entspannen im Grünen.



Cornelia Busch | Gleichstellungspolitische Sprecherin

Gibt es Orte oder Besonderheiten, die dir besonders am Herzen liegen und die du unseren Leser:innen empfehlen kannst?

Gerade in diesen unsicheren Zeiten, in denen Rassismus wieder verstärkt auftritt, halte ich einen Besuch in der Gedenkstätte Ahlem für wichtig.

Wenn du einen Wunsch für die Zukunft der Region Hannover frei hättest, welcher wäre das?

Ein Wunsch für die Zukunft wäre, dass wir eine Gesellschaft schaffen, in der Gleichheit, Respekt und Toleranz für alle Menschen an erster Stelle stehen. Es wäre wichtig, dass wir gemeinsam an Lösungen arbeiten, um soziale Gerechtigkeit zu fördern und Diskriminierung in all ihren Formen zu bekämpfen.

Impressum

Herausgeberin:
SPD-Regionsfraktion Hannover
Hildesheimer Straße 20
30169 Hannover
fon: 0511/616-22192
spd@regionsversammlung.de
www.spd-regionsfraktion-hannover.de

Verantwortlich:
Regina Hogrefe | Fraktionsvorsitzende

Bildnachweise:
Porträtaufnahmen:
© Blickpunkt Photodesign, Bödeker
Seite 2: Graphik Finals | canva
Seite 10: Delegationsreise Polen | Thilo Scholz
Alle weiteren Fotos:
SPD-Regionsfraktion Hannover

Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten, auf die wir keinen Einfluss haben, übernehmen wir keine Verantwortung.